

Reichsbürger fahren jetzt Autos mit “MENS:CH” Kennzeichen

Veröffentlicht am [9. Januar 2016](#) von [Stephan Weinberger](#)



Foto: Polizeiinspektion Traunstein

Die Polizeiinspektion Trostberg (Landkreis Traunstein) berichtet zum wiederholten Male über eine regionale oberbayerische Gruppe, die sich “Heimatgesellschaft Chiemgau” nennt und eine Art regionale Reichsbürgerbewegung darstellen dürfte. Polizeilich in Erscheinung treten Anhänger jetzt immer öfter mit grünen PKW-Kennzeichen, auf denen mit weißer Schrift “MENS:CH” sowie ein QR-Code steht.

Es wurde also richtig erkannt, dass es sozusagen nur eine „Art“ von Reichsbürgerbewegung sein könnte. Ganz sicher ist man sich also nicht. Und wir Menschen haben mit Reichsbürgern jedenfalls nichts zu tun. Hier wird augenscheinlich das gleiche Spielchen angestrebt wie damals die Diffamierung der jüdischen Bevölkerung. Liest man doch im Grundgesetz Art. 3 Abs. 3: Niemand darf wegen seiner . . . Abstammung, . . . seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.

Im aktuellen Fall meldete ein Bürger der Polizeiinspektion Trostberg ein Auto mit einem auffälligen “MENS:CH”-Kennzeichen. Das Auto befand sich auf einem großen Parkplatz zweier Einkaufsmärkte in Trostberg. Vor Ort trafen die Beamten sowohl das Auto als auch die zugehörige 60-jährige Fahrerin an. Da sich die Fahrerin nicht mit einem gültigen Dokument ausweisen konnte, wurde sie vorläufig festgenommen und zur Polizeiinspektion Trostberg verbracht. Dort konnte ihre Identität festgestellt werden.

Menschen brauchen ebensowenig ein Dokument mitführen wie ein Adler oder ein Kamel. Neugeborene haben auch kein Dokument bei sich, wenn Sie aus dem Mutterschoß kommen.

Weitere Ermittlungen ergaben, dass gegen die Frau zwei Haftbefehle bestanden und das Auto der Frau weder zugelassen noch versichert war.

Gemäß dem Willen der Frau hat Sie nicht den Tatbestand erfüllt, auf sog. „öffentlichen Straßen“ fahren zu wollen. Damit kann ein Gesetz nicht an diesen nicht bestehenden Tatbestand knüpfen. Im Übrigen gibt es gem. StVZO (1937 vgl. Zu 2012) §§ 1-15 u. 69 keine Straßen, denn diese §§ sind weggefallen. "Soll ein Kraftfahrzeug ... nicht zum Verkehr auf öffentlichen Straßen benutzt werden, so braucht es nicht zugelassen zu werden und unterliegt dann auch nicht der Kraftfahrzeugsteuer (§ 1 Abs. 1 Nr. 1 und § 2 Nr. 1 KraftStG). **BFH-Urteil vom 7.3.1984 (II R 40/80) BStBl. 1984 II S. 459**

Um die drohende Haft abzuwenden, zahlte die Frau die offenen Geldbußen und konnte – ohne Auto – die Heimreise antreten. Gegen die Frau wird nun wegen diverser Delikte ermittelt.

Bereits im Dezember wurde die Polizei auf ein solches “Fantasiekennzeichen” aufmerksam.

Alles was nicht aus der Natur entstammt und sich jemand oder eine Personengruppe ausgedacht hat ist Fantasie, ebenso Kennzeichen der Bundesrepublik Deutschland oder anderen Ländern. Im Übrigen ist der Verfasser vorsichtig, weil er die brisanten Wörter immer in „“ setzt.

Damals händigte der 34-Jährige Fahrer auf Nachfrage der Beamten einen sogenannten „Fahreignungsnachweis“ aus, welcher – seiner Ansicht nach zumindest – zum Führen von Kraftfahrzeugen ausreichend wäre. Einen „richtigen“ Führerschein konnte er dagegen nicht vorzeigen.

Hier ebenso wieder „“!

Sein Fahreignungsnachweis wurde als Beweismittel in einem Fall der Urkundenfälschung sichergestellt und einbehalten. Gegen den Mann wird wegen Urkundenfälschung, Vergehen nach dem Pflichtversicherungsgesetz, dem Meldegesetz und diversen Ordnungswidrigkeiten ermittelt.

Urkundenfälschung kann schon mal laut Bundesministerium der Justiz nicht gegeben sein.(siehe Text)



DATUM Berlin, den 8. Februar 2012

Eine Definition des Begriffs der Urkunde (im strafrechtlichen Sinn) im Strafgesetzbuch (StGB) besteht nicht. Nach Auslegung der Rechtsprechung und der allgemeinen Kommentierung ist eine Urkunde die Verkörperung einer allgemeinen oder für Eingeweihte verständlichen Gedankenerklärung, die den Erklärenden (den Aussteller) erkennen lässt und geeignet und bestimmt ist, im Rechtsverkehr Beweis zu erbringen (BGH 3, 85; 4, 285; 13, 239; 16, 96; 18, 66; S/S-Cramer/Heine 2; W/Hettinger 790; abw. zB M/Schroeder/Maiwald 65/13; Klenapfel GA 70, 213; ders. JZ 72, 394; ders. Maurach-FS 431; Jakobs [1 a] 51; zweifelnd zur Funktionsfähigkeit des Begriffs Jakobs, Küper-FS [2007] 225 ff). Führerschein, Personalausweis oder einer Gewerbeanmeldung dürften diese Voraussetzungen erfüllen, bei einer schriftlichen Mitteilung kann dies der Fall sein.

SEITE 2 VON 2

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Angaben weitergeholfen zu haben.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag
Wachsmann

Beglaubigt
Kolassa
Tarifbeschäftigte



Vergehen nach dem Pflichtversicherungsgesetz kann auch nicht gegeben sein, da das PflVG nur Wege und Plätze kennt:

PflVG § 6 (1) Wer ein Fahrzeug auf öffentlichen Wegen oder Plätzen gebraucht oder den Gebrauch gestattet, obwohl für das Fahrzeug der nach § 1 erforderliche Haftpflichtversicherungsvertrag nicht oder nicht mehr besteht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

Der Mann gehört ebenfalls der "Heimatgesellschaft Chiemgau" an.

Auf der Homepage "Heimatbund Gesellschaft" findet sich neben etwaigen Informationen zur eigenen [Systemhierarchie](#) (ähnlich einem Behörden-Organigramm) folgende Selbstbeschreibung: "Basierend auf dem Naturrecht, versteht sich der Heimatbund als freiwilliger Zusammenschluss ideologiefreier, verantwortungsbewusster Menschen. Wir verstehen uns nicht als Personal angeblicher Regierungsorganisationen. Wir stehen den rechtlichen Grundlagen dieser Gesellschaft kritisch gegenüber und hinterfragen deren Basis. Wir vertreten den Standpunkt, dass alle Macht von geistig, sittlich, selig lebendige Wesen ausgehen soll und treten den Menschen, die in Organisationen wie Polizei, Justiz, Verwaltung und Politik arbeiten friedlich, freundschaftlich und menschlich gegenüber."

Der Deutsche Heimatbund mit seinen Heimatgesellschaften ist durch mehrere Notare und Apostillen international anerkannt. Das ist wohlmöglich noch nicht der Polizeiinspektion Traunstein bekannt geworden. Wird sich jedoch sicherlich bald aufklären. Eine so überspitzte Handlungsweise und ein so übertriebener Maßnahmendrang der Polizei in solchen Fällen, kostet nur dem Steuerzahler nur wieder viel Geld, obwohl wie bekannt gemacht worden ist, von den Menschen der Heimatgesellschaften keinerlei Gefahr ausgeht.

Wie alle Reichsbürger hält man nichts von den "richtigen" Behörden, die in ihren Augen doch nur Firmen sind.

Dieser Satz ist spitzfindig! Er sagt nicht aus, dass die Menschen der Heimatgesellschaft sog. Reichsbürger sind. Er soll dies nur assoziieren. Dies verstößt wiederum gegen GG Art 3 Abs. 3. Dennoch ist es richtig, Behörden sind nur Firmen. Siehe Polizei Traunstein:

USt-Identifikationsnummer (gem. § 27a Umsatzsteuergesetz): DE 811335517

Die Polizei muss also Umsatz machen auf Kosten des Steuerzahlers

So verwundert es nicht, dass bei einem Klick aufs [Impressum](#) keine persönlichen Daten – wie vorgeschrieben – sichtbar sind, sondern u.a. ein "Virtuelles-Hausverbot": "Behörden, insbesondere Ämtern, juristischen Personen des öffentlichen Rechts, in dieser Weise beliehenen Personen und Anstalten öffentlichen Rechts ist der Zutritt zu unserer Website verboten. Dieses Verbot betrifft auch alle Besucher, die mir in irgendeiner Weise Schaden zufügen wollen."

Bleibt zum Schluss noch der sinnvolle Hinweis der Polizei, dass es strafbar ist, mit einem nicht versicherten und/oder nicht zugelassenen Auto am Straßenverkehr teilzunehmen.

Der nach dem PflVG bekanntlich nur auf Wegen und Plätzen stattfinden kann und nach dem BFH-Urteil das Auto nur zugelassen werden muss, wenn es auf sog. öffentlichen Straßen benutzt werden soll. Wenn es aber der Wille des Menschen ist, nicht auf den sog. öffentlichen Straßen fahren zu wollen, ist es eine Nötigung für den Menschen, auf den öffentlichen Straßen fahren zu müssen, weil es keine andere Möglichkeit gibt. Selbst ein Flugzeug zu benutzen um von einem Ort zum anderen zu gelangen ist nicht möglich, da laut Straßengesetz der Luftraum über einer sog. öffentlichen Straße dazu gehört.

Im Falle eines Unfalles, ob verschuldet oder nicht, kann es zu großen Problemen bezüglich der Schadensabwicklung kommen.

Hier ist auf das Wort „kann“ zu achten. Es bedeutet also nicht, dass es tatsächlich Probleme gibt, denn gem. PflVG § 12 sind alle Schäden durch den Verkehrsofferhilfe e.V. abgedeckt. Man ist also zu nichts verpflichtet, wie es auch im PflVG § 2 zu lesen ist: Dieses Gesetz gilt nicht für die Bundesrepublik Deutschland.